

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Mülheimer Str. 7A · 51375 Leverkusen

Stadt Leverkusen  
Herrn Oberbürgermeister Uwe Richrath  
Friedrich-Ebert-Platz 1  
51373 Leverkusen

**Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen**

**Marc Nohl**  
Geschäftsführer  
Geschäftsstelle  
Mülheimer Str. 7A  
51375 Leverkusen  
Tel.: +49 (214) 50 33 08  
Fax: +49 (214) 5 84 17  
fraktion@gruene-lev.de

Leverkusen, 4. Dezember 2020

## **Autobahnen A1 und A3: Zusammenarbeit mit Bund und Land verweigern**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

die Entscheidungen des Bundesverkehrsministeriums zur Stelzenautobahn und zur A3 machen alle Hoffnungen der Stadt auf einen ansatzweise bürgerfreundlichen Autobahnausbau zunichte.

Bitte setzen Sie daher den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

### **Der Rat beschließt:**

- 1. Die Stadt Leverkusen verweigert sich jedweder Autobahnerweiterung auf Leverkusener Stadtgebiet.**
- 2. Die Stadt Leverkusen stellt jede Zusammenarbeit und Zuarbeit gegenüber den Planungsbehörden bzw. Gesellschaften in Bund und Land zum Ausbau der Autobahnen bis auf weiteres ein, soweit diese nicht rechtlich erzwungen werden.**
- 3. Die Stadt Leverkusen verkauft keinerlei Flächen, die zu einer Autobahnerweiterung benötigt werden, an Bund oder Land bzw. an Gesellschaften, die mit der Autobahnerweiterung befasst sind.**
- 4. Die Stadt Leverkusen stellt für die Baumaßnahmen zur Erweiterung keinerlei Flächen für Baustelleinrichtungen, Ersatztrassen, Umleitungsmaßnahmen etc. zur Verfügung.**

Begründung:

Die Entscheidung des Bundesverkehrsministers, Tunnellösungen für die Verdoppelung der Kapazität von A1 und A3 grundsätzlich auszuschließen, bürdet der Stadt und ihren

Bürgerinnen und Bürgern alle Lasten einer fehlgeleiteten Fernstraßenplanung auf. Anstatt Alternativen zu entwickeln, wird von einem prognostizierten Bedarf ausgegangen, der sich schon heute unter dem Blickwinkel der Verkehrswende als deutlich überhöht abzeichnet.

Die Zusage von Straßen.NRW, den kurzen Tunnel von Brücke bis Autobahnkreuz als gleichrangige Lösung ins Planverfahren einzubringen, offenbart sich als grobe Täuschung. Sie diene offensichtlich nur dazu, Stadt, Bürgerinnen und Bürger ruhigzustellen, bis mit der Planfeststellung für den Neu- und Ausbau der Brücke und den Eingriff in die Deponie unumkehrbare Fakten geschaffen worden sind.

Das Angebot, für die Erweiterung der A3 eine Tunnellage auf Leverkusener Stadtgebiet in Betracht zu ziehen, verfolgte das gleiche Ziel: Der Widerstand gegen die Ausbaupläne sollte marginalisiert und gebrochen werden.

Der Antrag zielt auf eine entschiedene, eindeutige Verweigerungshaltung, die unmissverständlich dokumentiert, dass Stadt, Bürgerinnen und Bürger nicht länger bereit sind, diese Planungsarroganz weiter zu ertragen.

Mit freundlichen Grüßen,

Roswitha Arnold  
Fraktionsvorsitzende